

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/117

Bonn, den 26. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>REYKJAVIK</u> Truppenreduzierung - ein bedeutsamer Vorschlag	49
2 - 2 a	<u>Bedrucktes Papier bringt Macht</u> Zum Verkauf von Zeitschriften des Springer-Hauses Von Fritz Sänger, MdB	63
3 - 4	<u>Achtung, Touristen!</u> Hohe Verkehrsstrafen in Jugoslawien Von Hans Peter Hultmann, Belgrad	65
5 - 6	<u>Härterer Kurs der Militärjunta</u> Elf neue Regierungsmitglieder bei der Umbildung in Athen Von Dr. Basil Mathiopoulos	70

* * *

REYKJAVIK

Truppenreduzierung - ein bedeutsamer Vorschlag

G.M. - Der Ministerrat der NATO hat in der isländischen Hauptstadt Reykjavik außer seiner eindeutigen Solidaritätserklärung für Berlin und der Verurteilung des Eingriffs in internationale Vereinbarungen durch "ostdeutsche Behörden" einen Beschluß gefaßt, der unter Umständen eine der wichtigsten Aktionen zur Entspannung in Europa einleiten kann. Es handelt sich um das Angebot der westlichen Allianz an die Länder des Warschauer Paktes, gleichgewichtige und gleichwertige Truppenreduzierungen in Europa vorzunehmen.

Bundesaußenminister Willy Brandt begründete diesen Beschluß, womit erstmalig auch dokumentiert wurde, daß es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist, die im Rahmen des NATO-Vertrages und entsprechend ihrer Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966, die Initiative zur Herbeiführung von militärischen Entspannungsmaßnahmen in Europa ergreift.

Alle NATO-Partner - mit Ausnahme Frankreichs - unterstützen diese Initiative. Botschafter Seydoux, der die französische Delegation in Reykjavik leitete, deutete an, Frankreich wolle sich seine Handlungsfreiheit in der Ostpolitik nicht einschränken lassen, was jedoch nicht bedeutet, daß es Entspannungsmaßnahmen in Europa nicht billige.

Der politische Akzent bei den Erläuterungen, die Bundesaußenminister Brandt zu dem NATO-Beschluß gab, liegt auf den verstärkten Bemühungen auch der Bundesrepublik, die Aussöhnung mit den Staaten des Ostblocks herbeizuführen. Hierbei geht es nicht um einseitige Maßnahmen, sondern um ein klares Angebot zu Rüstungsvermindierungen und Truppenreduzierungen in West und Ost.

Ob im Warschauer Pakt oder in der NATO - alle Staaten sind sich bewußt, daß der Rüstungswettlauf gestoppt werden muß, wenn nicht die Lösung der großen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme auf der Strecke bleiben soll. Seit langem hat Brandt diese These in zahlreichen Ansprachen schon zu einer Zeit immer wieder dargestellt, als er noch Regierender Bürgermeister von Berlin und später Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war. Als Bundesaußenminister sieht er in der Fortsetzung dieser Politik eine seiner wichtigsten Aufgaben.

Im Augenblick weiß noch niemand, wie man in Moskau auf das Angebot der NATO-Partner reagieren wird. Da in Reykjavik jedoch die Vereinbarung getroffen wurde, daß die einzelnen NATO-Staaten das Angebot auch bilateral in den Staaten des Warschauer Paktes zur Sprache bringen wollen, kann sich in nächster Zeit eine starke diplomatische Aktivität zwischen Ost und West entwickeln, deren Hauptthema eben das jetzt vorliegende NATO-Angebot für Truppenreduzierungen ist. Dieses Angebot fügt sich rechtlos in die Bemühungen um das Zustandekommen des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen ein.

Der Bundesaußenminister geht sehr nüchtern an die Behandlung aller dieser Fragen heran, und er weiß auch, wie kompliziert und schwierig es ist, das seit Jahren gegen die Politik der früheren Bundesregierungen genährte Mißtrauen abzubauen. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß die deutsche Vertretung in der NATO die Politik des Gewaltverzichts und der Entspannung fortsetzt.

Bedrucktes Papier bringt Macht

Zum Verkauf von Zeitschriften des Springer-Hauses

Von Fritz Sänger, MdB.

Die außerordentlich starke Stellung, welche die Verlagsunternehmen auf dem deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt errungen haben, die von Axel Springer geführt werden, hat die Blicke der aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit vor allem auf dieses Haus und seine zahlreichen Abzweigungen gelenkt. Aber es war zu jeder Zeit mehr Wille zu Polemik als Sachkenntnis im Spiel, wenn Springer und seine marktbeherrschende Position als das alleinige Ziel von Maßnahmen gegen eine bermacht im Pressewesen gekennzeichnet wurden. Wer die Tatsachen kennt und kannte, der wußte, daß es auch andere Männer, Kreise und Kräfte gab und gibt, die in der Lage waren und sind, Macht über den Markt hinweg auszuüben, der für Publikationsmittel in unseren Lande bereitsteht. Bei Springer kam und kommt auch in Zukunft hinzu, daß er mit dem sichtbarem Übergewicht der zahlreichen und auflagenstarken Zeitungen und Zeitschriften zugleich eine missionarische Verpflichtung zu verbinden versuchte, eine Tatsache, die bei solchem Übergewicht die Gefahr der einseitigen Information und Meinungsverbreitung akut werden ließ.

Springer hat nun große und kostspielig entwickelte Zeitschriften verkauft und seinen Marktanteil auf diesem Gebiet verringert. Er hat zugleich erklärt, daß er nicht willens sei zu verzichten und hat auf noch verbliebene Zeitschriften verwiesen; er hat die Möglichkeit neuer Schöpfungen offen gelassen und das Vorhandensein von fünf Tages- und zwei Sonntagszeitungen, weit verbreiteten Organen, betont. Er will und er wird weitermachen.

Es ist kein Grund zu der Annahme, daß das Thema Pressekonzentration und ihre Folgen nun abgeschlossen sei. Mit Springer und neben Springer sind auch künftig andere Häuser sorgfältiger Aufmerksamkeit wert. Auch wer es nicht wußte, der erfuhr aus den

Nachrichten, die von Verkauf, Beinahe-Verkauf, Doch-Verkauf berichteten, daß Objekte, bei denen viele Dutzend Millionen Deutsche Mark die Bankkonten wechseln mußten, nicht nur einen, sondern mehrere Interessenten lockten, und wir glauben zu wissen, daß noch nicht alle bekannt geworden sind, die gern zugegriffen hätten. Die Verfügung über die Mittel der öffentlichen Aussprache, der Werbung und der Propaganda reizt überall jene, die sich des Wesens der Publikationsmittel nie bewußt werden: zu informieren, Meinung zu äußern und bilden zu helfen und eine öffentliche Funktion im Dienste der demokratischen Wirklichkeit auszuüben.

Ein Druckereibesitzer hat nur Zeitschriften gekauft, fast ein halbes Dutzend. Er verfügt über Techniken aller Art, über Papier und über Geld. Das hat genügt. Von kulturellen Sinn der Zeitschrift war doch wohl nicht die Rede - jedenfalls nicht beim Schlußverkauf. Niemand hat die Journalisten gefragt, aus deren täglicher Arbeit die Zeitschriften entstehen. "Geistiger Sklavenhandel" war ein häßliches Wort, das vor Jahren einmal in einer Auseinandersetzung um die Stellung der Redakteure beim Verkauf einer Publikation fiel. Gilt es? Es darf nicht gelten! An diesem Vorgang wird erneut deutlich, wie dringend nötig ein Gesetz zum Schutze unabhängiger journalistischer Arbeit ist. Es wird erneut deutlich, daß eben nicht "der" Verleger auch der geistige Anreger ist.

Die Entwicklung auf dem Markt der Zeitungen und Zeitschriften wird künftig so genau beobachtet werden müssen wie in der Vergangenheit, und alle berufenen Einrichtungen, der Deutsche Presserat an der Spitze, werden eine nützliche Hilfe leisten, wenn sie ohne Ansehen der Personen oder Kreise, der Vorder- oder Hintermänner (und auch der Zwischenhändler) mitteilen, wenn und in welcher Weise Gefahr für eine unabhängige, umfassende und objektive Unterrichtung der öffentlichen Meinung in unseren Lande droht. Bundestag und Bundesregierung bleiben aufgerufen, die Zusammenballung von Macht überall zu kontrollieren und einzugreifen, wo sie die legitimen Eräger der Verantwortung behindert oder lähmt.

Achtung, Touristen!

Höhe Verkehrsstrafen in Jugoslawien

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die Studenten sangen, der 23jährige Student Hugh Andrews Philip Dobson fuhr sie. Er tankte noch einmal auf und brauste dann mit rund 80 Stundenkilometern Geschwindigkeit weiter auf die kroatische Hauptstadt Zagreb zu. Plötzlich sah er sich einem Ungeheuer gegenüber. Es war ein Laufkran, den der jugoslawische Arbeiter Pero Culjak führte. Was dann geschah, darüber gehen die Versionen nicht auseinander: das 14,5 Tonnen schwere Monstrum sägte den ganzen Oberteil des nur 6,5 Tonnen schweren Autobusses ab. 14 britische Studenten kamen auf diese Weise am 30. September des vergangenen Jahres auf der kaum noch als gut zu bezeichnenden jugoslawischen Magistrale von Belgrad nach Zagreb ums Leben; weitere 17 Verletzte wurden aus den verbogenen Trümmern des Busses herausgesägt - unter ihnen auch Philip Dobson, der ein Autobusschaffner Namens Mustafa Sarvan erste Hilfe leistete.

Doch Dobson wurde nur drei Tage lang in Haft gehalten; dann setzte sich das britische Generalkonsul von Zagreb für ihn ein und löste ihn zeitweilig mit Hilfe einer Kautionshöhe von 2000 Pfund Sterling aus. Erst am 31. Mai dieses Jahres erfolgte in Dobsons Anwesenheit das Urteil: Das Kreisgericht von Sisak verurteilte ihn zu sechs Jahren Zuchthaus. Nicht einmal eine britische Expertenkommission, die den Tatort und die Akten eingesehen hatte, konnte sich mit ihren Argumenten durchsetzen. Klar blieb nur: Irgendjemand, der Bus oder der Kran, hatte sich auf der falschen Straßenseite befunden. Als Hauptbelastungszeuge gegen Dobson trat sein Retter Mustafa Sarvan auf.

Die britische Presse reagierte empört. Sie setzte den Abgeordneten des Wahlkreises, in dem Dobson beheimatet ist, in Bewegung und schließlich sogar das Foreign Office selbst, dessen Chef, Außenminister Michael Stewart, anlässlich seines kürzlichen Besuches in Jugoslawien Tito persönlich um Gnade bat. Die

Intervention half - am 12. Juni wurde Dobson begnadigt, um sofort darauf entlassen zu werden und nach London zurückreisen zu können.

Sicher ist zunächst eines: Nicht nur das von Jugoslawien angestrebte gute Verhältnis zu Großbritannien, sondern vor allem die Furcht, britische Touristen zu verlieren, haben den Gnadenakt bewirkt. Der Karikaturist des "Guardian" nämlich hatte den Touristenweg durch Jugoslawien als "schwarze Straße" gezeichnet, und ein anderer Kommentator des Ereignisses gar gemeint, ein Kuraufenthalt in Titolande koste entweder für 14 Tage 60 Pfund oder für sechs Jahre überhaupt nichts.

Sicher ist aber auch etwas anderes: Nicht jeder hat soviel Glück im Unglück wie der junge Dobson. In mehreren Fällen hat sich erwiesen, daß zum Beispiel die Behörden der Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien ihre Hilfe für Verkehrsunfalller darauf beschränken, einen Anwalt zu empfehlen, über dessen Qualitäten man sich häufig streiten kann.

So geschah es zum Beispiel dem jungen Deutschen Frederick Jacobi aus Karlsruhe. Auf der als Unfallstraße berüchtigten Route von Belgrad nach Nisch setzte er zu einem Überholmanöver an, doch fast auf der Straßennitte kam ihm ein VW entgegen. Beide Fahrer bremsen, aber bei den Jugoslawen funktionierte nur die linke Vorderradbremse, ihr Wagen wurde zerdrückt: Lehrer Kandić und Bruno Jurčević, ein Gastarbeiter auf Heimaturlaub, kamen ums Leben. Verurteilt wurde Frederick Jacobi, zunächst zu sieben Jahren Zuchthaus, dann zu vier. Er sitzt noch heute im Zuchthaus von Sremska Mitrovica.

Wenn man für ihn schon nichts unternimmt, wie es die Briten im Falle Dobson durch Einsatz finanzieller Mittel und eminenten Fachleute sowie schließlich sogar durch einen Aufruf zum Touristenstreik getan haben, so soll der junge Jacobi wenigstens eine Mahnung sein für alle, die in diesem Jahr Jugoslawien mit dem Auto besuchen wollen. Strafen bei Verkehrsunfällen sind hierzulande im allgemeinen viel viel höher, als etwa in der Bundesrepublik oder in Frankreich.

Härterer Kurs der Militärjunta

Elf neue Regierungsmitglieder bei der Umbildung in Athen

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Mit der Umbildung der Militärregierung in Athen manifestieren die Machthaber in diesem Lande durch einen weiteren Schritt die Verhärtung der diktatorischen Verhältnisse. Die in den letzten Tagen abgegebenen offiziellen Erklärungen von Mitgliedern der Militärjunta lassen keinen Zweifel, daß in absehbarer Zukunft keine Wahlen, die zum Parlamentarismus zurückführen könnten, stattfinden werden. Man erwartet in Athen schon in der nächsten Woche die Veröffentlichung einer neuen Verfassung. Anfang des Jahres wurde der von einem Gremium aus zwanzig Juristen ausgearbeitete Verfassungsentwurf bekannt. Vor kurzem sollte er von einer vierköpfigen Kommission der Militärregierung überarbeitet werden und in seiner jetzigen endgültigen Fassung dem griechischen Volk Anfang September in einer Volksabstimmung zur "Billigung" vorgelegt werden.

Mit Hilfe von neuen "jüngeren und dynamischeren Elementen" vollzog der Ministerpräsident der Militärregierung, Verteidigungsminister und Chef des griechischen Presseamtes Papadopoulos, nun in der vergangenen Woche die schon seit langem versprochene Umbildung seiner Regierung. Auf diese Weise sollen die westlichen Alliierten überzeugt werden, daß seine Regierung endlich doch die Unterstützung von Fachleuten und Technokraten erhält und zum andern will er zeigen, daß alle "subversiven Elemente" innerhalb der Junta niedergeschlagen sind. Eine der dynamischsten Figuren der Junta, Oberst Ladas, ist bei dieser Regierungsumbildung aus dem Vordergrund verschwunden. Dafür wurde der Minister für Nordgriechenland, Generaloberst Patilis, zum zweiten Vize der Militärregierung ernannt. Er spielte nicht nur beim ersten Putsch vom 21. April eine wichtige Rolle in Nordgriechenland; mit seinem Hauptquartier in Saloniki bewegte er auch die 5. griechische Armee zur erfolgreichen Aktion gegen die königstreuen Offiziere und entschied somit den Gegenputsch des Königs vom 13. Dezember zugunsten der Junta. Seine wachsende Macht aber wurde dem Ministerpräsidenten langsam zu gefährlich. Deshalb holte man ihn nach Athen und ernannte ihn zum Vizepräsidenten neben Brigadegeneral Patakos, dessen wirkliche

Macht in der letzten Zeit schwindet.

Im neuen Kabinett sind auch die letzten Namen der alten Juristengruppe verschwunden, die bei der ersten Militärregierung vom April 1967 unter Ministerpräsident Kollias vereidigt wurden. Zum Beispiel Namen wie die der Richter Rozakis und Kalabokias. Georg Papadopoulos unternimmt anscheinend den Versuch, eine eigene Partei zu gründen mit faschistoidischen Tendenzen und mit christlicher Weltanschauung, so wie es von einigen religiösen Organisationen Griechenlands gerne gesehen würde. Dabei wird er versuchen, Fachleute in seine Reihen zu locken, denn diese fehlten seiner Regierung von Anfang an. Das war auch einer der Gründe für die Mißerfolge der wirtschaftlichen Planungen.

Es ist kein Geheimnis, daß seit dem Sommer 1967 die Wirtschaft Griechenlands stagniert und vermehrt Krisensymptome aufzeigt. Mit einem Geldumlaufwachstum von 28 % sind die Finanzen nicht gerade so ideal, wie es die Propaganda des Presseministeriums dem griechischen Volk darzulegen versucht. Nach dem Fünfjahresplan der Militärjunta soll die Zahl der Touristen '972 auf 2,5 Millionen anwachsen; doch wird dies vorläufig ein unerfüllter Traum bleiben für alle von Tourismus abhängigen Geschäftsteile. Ein kollektiver Schock besetzt von der katastrophalen Situation im Tourismus:

Im 1. Halbjahr '68 waren es 50 % weniger Touristen als im vergleichbaren Halbjahr 1967, das schon ein viel schlechteres Jahr (40% weniger) war, als das letzte normale Touristenjahr 1966. Die als Ferienparadies bekannte Touristeninsel Rhodos verfügt über 13 500 Betten 1. Klasse und Luxusbetten; davon waren Anfang Juni nur 500 Betten belegt trotz Preissenkung bis zu 25 %!

Ob Oberst Papadopoulos mit der neuen Regierungsumbildung seine Ziele verwirklichen kann, wird sich bald zeigen. Eines aber kann man jetzt schon sagen: bei dem Versuch, die Reihen seiner Junta zu erweitern mit früheren Politikern und Fachleuten in Zuge einer Parteibildung, wird er auf Schwierigkeiten stoßen von Seiten der griechischen Rechten, von deren maßgeblichen Männern er ohnehin bis jetzt nicht geduldet wurde. Dies zeigen Erklärungen z.B. von Kanellopoulos, Karamanlis, Rallis, Frau Vlachou etc. Um so mehr erwartet man gerade von diesen Kreisen jetzt zusammen mit den Kräften des Zentrums und der demokratischen Linken im In- und Ausland einen verstärkten Druck auf die Militärjunta.